



Betreff:

öffentlich

Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes der Landeshauptstadt Potsdam

Erstellungsdatum 08.06.2001

Eingang 02: _____

Geschäftsbereich/FB: Oberbürgermeister

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.06.2001	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
21.06.2001	Ausschuss für Recht, Sicherheit, Ordnung, Umweltschutz		
26.06.2001	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen		
04.07.2001	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die vorliegende Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes ist Grundlage künftiger Entscheidungen zu Entwicklungen der Verkehrsinfrastruktur und weiteren Maßnahmen mit Einfluß auf die Mobilität innerhalb der Stadt.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind nach Maßgabe der Verfügbarkeit eigener Haushaltsmittel sowie Zuwendungen des Landes oder Dritter unter Beachtung der formulierten Prioritäten vorzubereiten und umzusetzen.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

keine

ggf. Folgeblätter beifügen

--

Oberbürgermeister

--

Geschäftsbereich I

--

Dezernat II

--

Geschäftsbereich III

--

Geschäftsbereich IV

Begründung:

Der VEP , integriert in die gesamte Stadtentwicklungsplanung, soll den Handlungsrahmen für die kommenden 15 Jahre bezüglich der Umsetzung der Maßnahmen entsprechend den Erfordernissen und Zielen auf dem Sektor der Verkehrsentwicklungsplanung abgeben. Dazu wurde der bisherige Plan überarbeitet und entsprechend den geplanten strukturellen Veränderungen fortgeschrieben.

Für diese umfassenden Aufgaben, die für die einzelnen Verkehrssektoren wie ÖPNV, MIV, Radverkehr usw. maßgebend sind, wird ein umfangreiches Umsetzungsinstrumentarium innerhalb eines Realisierungsszenarios angeboten, das sowohl Maßnahmen preispolitischer, ordnungsrechtlicher, verkehrsorganisatorischer und bewusstseinsbildender Art als auch Infrastrukturmaßnahmen umfasst. Letztere sind am kostenintensivsten, die erstgenannten sollen jedoch zunehmend die baulichen Maßnahmen ergänzen, wirksam machen bzw. diese soweit möglich substituieren.

Gesteuert und begleitet wurde dieser Prozess durch einen Lenkungsausschuss aus Vertretern der Stadtverordnetenfraktionen, Verbände und der Verwaltung (Land Brandenburg, Stadt Potsdam, Landkreis Potsdam-Mittelmark und Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming). In vier Beratungsfolgen ergänzt durch zwei personell weitergefasste Arbeitstreffen (Workshops) wurde von der Zielformulierung, angeknüpft an den 1995 beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan, bis zur Gestaltung des Umsetzungsszenarios und der Erarbeitung der Beschlussfassung ein im Prinzip einvernehmliches Ergebnis erzielt. Mit der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung soll das vorliegende Material als Handlungsrahmen zur Lenkung aller Durchführungsplanungen und Maßnahmen in den genannten Feldern der Verkehrsentwicklungsplanung dienen.

Dabei muss insbesondere im investiven Bereich der Katalog der Maßnahmen unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln stehen, sowohl seitens der Stadt wie auch seitens des Landes als Hauptfördergeber für Verkehrsbaumaßnahmen. So ist auch in der abschließenden Würdigung der Arbeitsergebnisse durch das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr eine noch nicht ausreichend gesehene Prioritätensetzung, untersetzt durch fundierte Finanzierungsmöglichkeiten, benannt worden. Zwar wurde für die letzte Beschlussfassung die veranschlagte Kostensumme bis 2015 von knapp 600 Mio DEM auf ca. 435 Mio DEM reduziert, indem alle erkennbaren nicht haushaltsseitigen Aufwändungen (Privatinvestition, Einsatz des Ablösefonds) herausgenommen wurden ; insgesamt ist aber als erster Arbeitsschritt nach der Beschlussfassung eine Prioritätensetzung der Vorhaben unter Einbeziehung der Erhaltungs- und Instandsetzungskosten notwendig.

Nach den Erfahrungen der vorliegenden Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes sollte auch die weitere Umsetzung durch ein übergreifendes Gremium (ähnlich dem Lenkungsausschuss) begleitet werden, um die ggf. erforderlichen Einschränkungen bzw. Streckungen bei investiven Maßnahmen zu diskutieren, die zielbezogene Wirksamkeit der empfohlenen Maßnahmen zu beobachten und zu kontrollieren sowie im zeitlichen Überblick zu überprüfen, inwieweit sich ein Nachsteuerungsbedarf ergibt.